

Herr Hoseus berichtet über die erheblichen Schäden der Straße, die aufgrund der hohen Verkehrsbelastung in Zusammenhang mit zu geringen Belastungsklassen entstanden seien und weiterhin entstehen. Die Stadt könne für die Sanierung der Straße einen Landeszuschuss in Höhe von 60 % erhalten. Da die Stadt vor habe, die Gehwege nicht zu erneuern und die Fahrbahndecke aufgrund der übermäßigen Belastung deutlich zu ertüchtigen, sei sie zu einem nicht gezwungen, Straßenbaubeiträge von den Anliegern einzufordern und zum anderen handle es sich um eine Investition, die lediglich über 50 Jahre hinweg mit Abschreibungen und Zinsen im Ergebnisplan abgebildet werden müsse. Dies koste laut Kämmerei Knabe voraussichtlich etwa 20.000 Euro jährlich. Es kann somit in den Planentwurf 2018 aufgenommen werden, ohne den Haushaltsausgleich zu gefährden.

Herr Bauhoyer teilt auf Frage der Stv. Retzger und Götze nach dem Stand der Aufstufungspläne für die Straße mit, dass die Bemühungen der Stadt, den Südring als klassifizierte Straße in die Verantwortung des Bundes zu übergeben, parallel weiterlaufen. Derzeit könne jedoch weder abgesehen werden, wann es zu einer Entscheidung komme, noch wie diese ausfallen werde.

Sollte die Gemeindestraße nicht saniert werden, so sei die Stadt aufgrund ihrer Verkehrssicherungspflicht gezwungen, beim Straßenverkehrsamt einen Antrag auf Sperrung für den LKW Verkehr zu stellen, ergänzt Herr Hoseus. Ob diese Sperrung dann verfügt werde, könne derzeit ebenfalls nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden.

Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, im Falle einer Baumaßnahme dafür zu sorgen, dass diese möglichst verkehrsfreundlich und zügig abgewickelt werde.

Anschließend fasst der Ausschuss folgende